## Wissenschaftskommunikation: Nicht im Elfenbeinturm verstecken!

www.zeit.de



Andrea Römmele ist Kommunikations- und Politikwissenschaftlerin an der Hertie School in Berlin.

Wir leben in einem Jahrzehnt des Umbruchs. Noch ist unklar, ob dies, wie es die Ampelkoalition formuliert, zu einem "Mehr an Fortschritt" führt oder in eine "Gesellschaft der Stagnation", wie Andreas Reckwitz in der ZEIT (Nr. 8/21) schrieb.

In jedem Fall bedeutet Umbruch Konflikt, Unsicherheit und Diskussion um die richtigen Lösungen. Umbruch funktioniert nicht ohne gesellschaftliche Aushandlungsprozesse. Und diese erfordern eine Wissenschaft, die nicht nur sachlich und überparteilich Erkenntnisse zur Verfügung stellt, sondern sich in Debatten einmischt.

Besonders deutlich zeigt sich diese Notwendigkeit im Wechselverhältnis von Wissenschaft und Politik. Politik bezieht sich zunehmend direkt auf wissenschaftliche Erkenntnisse – evidence-based policy–, und Wissenschaft wird expliziter in ihren politischen Konsequenzen gedacht. Gleichzeitig steht dieses Verhältnis in einem Spannungsfeld. Politik handelt ideologische Gegensätze und widerstreitende Interessen aus. Ihre Entscheidungen dürfen deshalb weder auf wissenschaftliche Expertise abgewälzt werden noch auf sie verzichten.

Dieses Spannungsfeld tangiert auch das Verhältnis der Wissenschaft zur Öffentlichkeit. In Zeiten von Pandemien, Kriegen und Fake-News darf sich kein Forscher im Elfenbeinturm verstecken. Wissenschaft hat, wie es der Soziologe Ralf Dahrendorf einst beschrieb, eine besondere Rolle, "die Pflicht, alles Unbezweifelte anzuzweifeln, über alles Selbstverständliche zu erstaunen". Doch ihr Ansehen als Ort des freien Denkens, unabhängig von gesellschaftlichen und ökonomischen Restriktionen, ist genauso angeknackst wie ihre Wahrnehmung als kritische Stimme im gesellschaftlichen Diskurs.

Ersteres zeigte zuletzt eine Studie in der Zeitschrift *Nature*, der zufolge wissenschaftliche Neuerungen seit den 1970er-Jahren deutlich zurückgegangen sind. Die Autorinnen und Autoren machen hierfür nicht zuletzt das antrags- und projektgetriebene System verantwortlich, durch das wissenschaftliches Arbeiten selbstreferenzieller wird und sich weniger traut.



Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 07/2023. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen.

Der zweite Punkt ist durch die Corona-Pandemie gut dokumentiert. Hier sah man, dass es trotz einer Vielzahl wissenschaftlicher Erkenntnisse eine breite gesellschaftliche Impfskepsis gab, die in einer niedrigen Impfquote ihren Ausdruck fand. Ein deutliches Zeichen für Misstrauen gegenüber wissenschaftlicher Expertise, die als Autoritätsinstrument der Eliten verstanden und deswegen von Populisten angegriffen wird.

Gerade deshalb muss sich Wissenschaft mehr als bisher mit ihrer Expertise öffentlich äußern. Nicht nur zum Völkerrecht, wie im Fall des Ukraine-Krieges, nicht nur zu infektiologischen Aspekten über den Verlauf der Corona-Pandemie, nicht nur zum Zusammenhang von Klima-Emissionen und Erderwärmung. Sondern auch zu Themen, die medial gerade nicht im direkten Fokus stehen.

Welche Erkenntnisse hat sie über die Auswirkungen der Digitalisierung und der zunehmenden Selbstvermessung in der Gesellschaft? Welche psychologische Forschung zu kindlichen Lernprozessen sollte unser Schulsystem verändern? Inwiefern beeinflusst die Diskussion über wirtschaftswissenschaftliche Paradigmen unser Verständnis von staatlichen Gestaltungspotenzialen?

Dabei geht es eben nicht darum, Expertise und Politik stärker zu verknüpfen, sondern darum, wissenschaftliche Erkenntnisse und ihre möglichen Gestaltungsforderungen für Politik und Öffentlichkeit transparent zu machen und den Diskurs zu gestalten. Hier ist explizit auch die Universität als Institution angesprochen, die Wissenschaftskommunikation mitdenken muss. Wir Forscherinnen und Forscher brauchen professionelle Unterstützung bei der Übersetzung, beim "Verstehen" der (sozialen) Medienlogik. Zudem muss diese Leistung wertgeschätzt werden im wissenschaftlichen Bewertungssystem. Nur so kann Fortschritt sichergestellt werden.

Wissenschaft wird gesellschaftlich finanziert und getragen. Daraus erwächst die Verantwortung, für eine bessere Welt zu arbeiten.